

## NIEDERSCHRIFT

### über die 24. Beratung des UVO - Ausschusses am 16.11.2011

**Ort:** Rathaus Kleinmachnow, Adolf-Grimme-Ring 10; Sitzungsraum 2/3, 3. OG  
**Beginn:** 18:10 Uhr  
**Ende:** 22:20 Uhr  
**Anwesenheit:** siehe Anwesenheitsliste

### Öffentlicher Teil

#### TOP 8.1.1 LED-Beleuchtung (Vortrag)

UVO 016/11

Der Ausschussvorsitzende stellt fest, dass der Ausschuss nicht beschlussfähig ist und bittet, den Vortrag zur LED-Beleuchtung deshalb vorzuziehen.

Die UVO-Info-Nr. 016/11 wurde mit den Sitzungsunterlagen verteilt.

Kurze Einführung von Herrn Brinkmann.

Herr Eisold, Büro PIT Planung Ingenieurtechnik Teltow, erläutert ausgiebig die Planungsunterlagen und stellt zwei Musterleuchtenköpfe (einen LED-Leuchtenkopf und einen herkömmlichen Leuchtenkopf) vor.

Herr Brinkmann informiert, dass die Kleinmachnower Leuchten flächendeckend auf NAV-Lampen umgerüstet wurden.

Eine einzige LED-Leuchte steht an der Bushaltestelle Stolper Weg/Heinrich-Hertz-Straße.

Folgende Punkte wurden angesprochen, deren Klärung es noch bedarf:

- Folgekosten/Entsorgungskosten; diese konnten nicht beziffert werden
- Störanfälligkeit prüfen
- Lichtqualität beachten
- Sollte das Fördermittelprogramm vom Bund im nächsten Jahr wieder aufleben, werden wir einen Fördermittelantrag stellen und nach Klärung der angesprochenen Punkte ggf. eine Beschlussvorlagen einbringen.

#### **An der Diskussion beteiligten sich:**

Herr Musiol, Herr Gutheins, Herr Dr. Haase, Frau Beutler, Frau Sahlmann, Herr Tauscher

#### TOP 1 Begrüßung der Mitglieder, sachkundigen Einwohner und Gäste

Eröffnung der Sitzung und Begrüßung der anwesenden Gäste und Mitglieder des UVO-Ausschusses durch den Vorsitzenden.

#### TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, Bereitstellung der Unterlagen und Beschlussfähigkeit

Es wird festgestellt, allen Mitgliedern sind die Unterlagen rechtzeitig und vollständig

zugegangen. Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

<b>TOP 3</b>	<b>Feststellung der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung am 16.11.2011</b>
--------------	---

Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Der TOP 8.2.1 – Arbeitsstand Maßnahmenkatalog Verkehrsorganisation vom 21.09.2010 – wird von der Tagesordnung genommen, da die Info-Nr. 35-09/09 nicht vorliegt.

Unter TOP 12 – Sonstiges – wurden zwei Themen von Herrn Lippoldt und Herrn Dr. Haase angemeldet:

1. Veranstaltungen auf dem Rathausmarkt - Skiopening
2. Sachstand zum Bußgeldverfahren Zehlendorfer Damm 208 bzw. 208 a

Es gibt zwei Anträge zum Rederecht:

1. zu TOP 9.1 – Uhlenhorst - Herr Malcher: Abstimmung zum Rederecht: einstimmig befürwortet
2. zu TOP 9.2 – FNP zu Waldflächen - Herr Wolter: Abstimmung zum Rederecht: einstimmig befürwortet

**Frau Sahlmann zu Protokoll:**

Ich möchte kritisieren, dass der TOP 8.2.1 - Arbeitsstand Maßnahmenkatalog Verkehrsorganisation vom 21.09.2010 – nicht dabei ist, das ist eine ganz wichtige Geschichte, gerade in unserem Umwelt- und Verkehrsausschuss, dass wir zu dem Arbeitsstand Maßnahmenkatalog Verkehrsorganisation regelmäßig einen Fortführungsstand haben, und das finde ich schade, dass die Verwaltung es nicht geschafft hat, es vorzubereiten.

**Erwiderung Frau Neidel:**

Ich kann nur sagen, wir haben sehr viel Arbeit, wir haben es diesmal nicht geschafft. Ich finde es aber nicht ganz so dramatisch, weil wir ja den TOP 8.1.5 haben, der sehr viel davon wiedergibt und vor allem das, wo sich inzwischen Änderungen ergeben haben zu speziellen verkehrsrechtlichen Anträgen.

Die Tagesordnung wird festgestellt.

<b>TOP 4</b>	<b>Einwendungen gegen die Niederschrift der vorangegangenen Ausschuss-Sitzung am 21.09.2011</b>
--------------	---

Es liegen keine Einwendungen vor. Die Niederschrift wird festgestellt.

**Persönliche Erklärung von Frau Sahlmann:** „Und zwar geht es um den Top 7.1.1. Die Gehwegvarianten Stolper Weg wurden vorgestellt. Ich war nicht dabei, habe aber das Protokoll sehr aufmerksam gelesen. Und ich bin sehr enttäuscht, weil in dem Ergebnis des letzten UVO's, dass es nicht das widerspiegelt, was wir vorher beschlossen haben. Wir hatten in einer Vorstellung über die Varianten des Gehweg- oder Radwegeausbaus am Stolper Weg im November 2009, so steht es jedenfalls im Protokoll, dort beschlossen, dass die Varianten 3 und 4 weiterentwickelt werden sollten, d. h., Gehwegausbau am Stolper Weg mit Radwegmarkierungen entweder auf der Nord- oder auf der Südseite. Das Büro Merkel hat das aufgenommen im Auftrag der Verwaltung und hat diese Varianten ausgearbeitet. Auch, ich denke in

einer guten Qualität und kam auf Baukosten, die durchaus üblich sind für diesen Radweg. Ich bin darüber sehr enttäuscht, dass die Mitglieder des Umwelt- und Verkehrsausschusses das Ergebnis im Prinzip mehrheitlich abgelehnt und keine Weiterverfolgung empfohlen haben. Und das als Fahrradkommune, und das als Kommune, die sich für das Klima einsetzt, das kann ich nicht verstehen.

## **TOP 5      Offene Fragenliste**

### **Lfd.-Nr. 1 – Winterdienst in schmalen Straßen**

Die Aufstellung von Halteverbotsschildern in schmalen Straßen bei Schneefall ist bei der UVB beantragt. Wenn der Bewilligungsbescheid vorliegt, werden die Schilder angeschafft und zeitnah aufgestellt.

### **Lfd.-Nr. 2 – Winterdienst – Beschluss aus 2008 noch offen**

Siehe unter TOP 8.3 – Mündliche Informationen des Ordnungsamtes.

### **Lfd.-Nr. 3 – Übersicht Straßen-, Park- und Bushaltestellenbänke**

Die Übersicht befindet sich noch in Bearbeitung.

### **Lfd.-Nr. 4 - Verteilung der Endfassung Straßenzustandsbericht**

Der Straßenzustandsbericht wird im Januar in den Fachausschüssen verteilt.

### **Lfd.-Nr. 5 – Aufstellung Geschwindigkeitsmessgerät Eigenherd-Grundschule**

Siehe unter TOP 8.4.2 - Messergebnisse der Straße Im Kamp – UVO-Info-Nr. 015/11

### **Lfd.-Nr. 6 – Stationäres Geschwindigkeitsmessgerät Zehlendorfer Damm**

Das Messgerät ist ständig „scharf“ geschaltet und wird einmal wöchentlich vom Landkreis gewartet.

### **Lfd.-Nr. 7 – Verkehrszählung FGÜ Förster-Funke-Allee – Differenzierung zwischen PKW/LKW**

Ja, es gibt eine Differenzierung, und zwar für den Zeitraum 06.00 Uhr bis 20.00 Uhr (Zeitraum der Zählung). Es waren 359 LKW und der Anteil PKW betrug 6215 Fahrzeuge.

### **Lfd.-Nr. 8 – Betonblock BBIS**

Es wurden mehrere Gespräche geführt, mit dem Ergebnis, dass der Betonblock zurzeit entfernt ist.

## **TOP 6      Vorstellung des Projekts "Autofreie Waldorfschule" durch Vertreter und Schüler der Freien Waldorfschule**

Die Freie Waldorfschule Kleinmachnow wurde mit dem Umweltpreis 2011 ausgezeichnet.

Herr Dr. Gillhaus (Elternvertreter und Mitglied im Arbeitskreis Schulwegsicherheit) und fünf Schüler der Freien Waldorfschule stellen ihr Projekt „Die autofreie Waldorfschule“ vor (s. Anlage 1). Die Fortführung des Projektes wurde für 2012 angekündigt. Der Ausschussvorsitzende regt an, die anderen Schulen zu unterrichten und zum Mitmachen zu gewinnen.

**TOP 7      Haushalt**

**TOP 7.1      Haushaltssatzung 2012 der Gemeinde Kleinmachnow**

**Frau Grohs** erläutert, dass der Haushalt ein Haushaltsentwurf sei und noch nicht festgestellt ist. Dies findet seine Begründung im Wesentlichen darin, dass bestimmte Beschlussvorlagen in der Sitzung der Gemeindevertretung am 21.11.2011 erst zur Abstimmung gestellt werden. Im Gesamtergebnishaushalt ist weiterhin eine Unterdeckung zu verzeichnen, die im Wesentlichen auf nicht zahlungsrelevante Sachverhalte zurückzuführen ist. Im vorliegenden Entwurf wurde auf die Rechenergebnisse der Vorjahre Bezug genommen, spricht auf die Entwicklung der doppelten Haushaltsjahre. Die finanzielle Leistungsfähigkeit sinkt im vorliegenden Entwurf zum Ende des Jahres 2015 auf 21.000,00 € und somit auf ein nicht vertretbares Maß ab.

**Frau Neidel** erwähnt und erläutert relevante Positionen:

Seite 326 – Mehrmittel für die Reparatur der Straßen und Gehwege  
Seite 329 – Öffentliches Grün, Bannwaldpflege – Mittel sind eingestellt und werden übertragen;  
Bannwaldkonzept 3. Abschnitt erst 2013  
Seite 334 – Regionale Zusammenarbeit/Klimaschutz

Straßenbau:

Seite 443 – Schopfheimer Allee – Mittel sind eingestellt und werden übertragen  
Seite 445 – Am Weinberg – Mittel sind eingestellt und werden übertragen  
Seite 446 – Ginsterheide – Mittel sind eingestellt und werden übertragen  
Seite 447 – Anbindung Adolf-Grimme-Ring – Mittel sind eingestellt und werden übertragen

Seite 447 – Wanderwege Kanalaue – Mittel sind eingestellt und werden übertragen  
Seite 450 – Lichtschutzsignalanlage Thomas-Münzer-Damm  
Seite 451 – Umrüstung Straßenbeleuchtung LED-Technik 1. Teilabschnitt

**Herr Dr. Haase:** Sprach den Klimaschutz bzw. Klimaschutzbeauftragten an.  
Frau Grohs: Ein Klimaschutzmanager wird etabliert; dafür Einstellung von 10.000,00 € (Personal- und Sachkosten).

**Herr Tauscher:**

Auf der Seite 451 wird für Straßenbeleuchtung eine Bereitstellung von 80.000,00 € als erster Teilabschnitt in 2012 angegeben. Um welche tatsächliche Maßnahme handelt es sich?

Herr Brinkmann: Es ging hier darum, dass wir, wenn Fördermittel kommen, ein Projekt vorbereiten. Bevor irgendetwas passiert, kommt auf jeden Fall ein Beschluss zur Erneuerung oder Veränderung durch die GV zustande und vorher wird der Ausschuss dazu beteiligt.

**Frau Sahlmann:** Was ist für die Umsetzung Masterplan Fahrrad eingestellt?

Frau Neidel: Mittel sind in der Gesamtposition Nr. 50.26 enthalten (479.500,00 €).

**Herr Musiol:**

Seite 118, 54.10, Nr. 11 Personalaufwendungen – Die Angaben differenzieren sehr stark. Wieso?

Frau Neidel: Personalkosten sind den Produkten zugeordnet; es gab neue Zuordnungen. Ein Aspekt ist, dass Frau Soltwedel anderen Produkten zugeordnet wurde.

Seite 119, 54.10, Nr. 13 - Aufwendungen Sach- und Dienstleistungen – Ist das darauf zurückzuführen, dass wir die neuen Straßen hinzugenommen haben?

Frau Neidel: Ja, Winterdienst Erweiterung Kategorie I.

Seite 121, 54.70, Nr. 15 - Transferaufwendungen ÖPNV / 180 T € / Ist das der Zuschuss zum TKS?

Herr Brinkmann: Das ist der jährliche Zuschuss zum TKS-Netz (bei einem dreijährigen Vertrag mit dem Landkreis).

Seite 122, Aufwendungen für Natur- und Landschaftspflege – Große Steigerungen?

Frau Grohs: Begründet sich hinsichtlich der Bannwaldpflege 2013 und 2014 Buschgrabenkonzept und entsprechend auch Steigerungen bei der Grünflächenmähd und beim Gemeindewald, die sich daraus ergeben.

Frau Blancke: Warum Steigerung?

Herr Brinkmann: Der Gemeindewald hat sich vergrößert (Schenkungen, neue Zuordnungen, inkl. Europarc).

Seite 124, 55.11, Spielplätze – Pro Jahr knapp 200 T€ - Das sind extrem hohe Aufwendungen?

Frau Grohs: Das ist der Umgliederung geschuldet, die sich aus dem Produktrahmen ergibt. Die Spielplätze waren vorher in der Produktgruppe 36.60 auf der Seite 101 enthalten. Also nur eine neue Zuordnung.

Seite 148, Ordnungsangelegenheiten – 1. Leistungsentgelte und 2. unter 04 und 14 Zinsen und Sonstiges

Frau Grohs: Hier handelt es sich auch um eine Zuordnungsänderung, aus 12.20 ist 12.21 herausgelöst worden und dementsprechend gibt es die Schwankungen von 2011 zu 2012.

Seite 269, zwei Glascontainer – Warum in unterschiedlichen Positionen aufgeführt und wie viele Glascontainer gibt es im Austausch?

Herr Brinkmann: Ein Standort sind zwei Container. Nach 10 Jahren sind die Schäden an den Glascontainern mittlerweile so hoch, dass diese erneuert werden müssen.

Seite 271, Ersatzpflanzungen im öffentlichen Bereich mit 0,00 €?

Herr Brinkmann: Vorher war das im investiven Bereich des Haushaltes angesiedelt und wird jetzt im Aufwand auf Seite 384 im Budget 50.29 geführt.

**Herr Lippoldt:** Vermisst die 1,9 Mio., die der Gutachter des Lärmaktionsplanes 2. Stufe für das Jahr 2010 schon eingestellt hat. Nächstes Jahr muss der Lärmaktionsplan 2. Stufe in Kraft treten und dort sind kurzfristige Maßnahmen vorgesehen bis spätestens Ende 2011, die aber noch nicht umgesetzt bzw. begonnen worden sind.

Frau Neidel: Sie konnten eine solche Position nicht entdecken – da keine Beschlusslage existiert und somit auch noch keine konkreten Haushaltsmittel angemeldet sind.

Herr Lippoldt: Ja, nur der Beschluss muss ja kommen, weil der Lärmaktionsplan am 13. August 2013 in Kraft treten muss.

Frau Neidel: Wenn der Beschluss kommt, muss die Verwaltung mit Ihnen daran gemeinsam arbeiten, wie man die Mittel nachträglich einstellt.

**Herr Tauscher:** Ist es der Verwaltung möglich, die Fragen zu projizieren? Wir haben bisher immer nur Summen, wir erkennen ja nicht, was sich dahinter verbirgt.

Frau Grohs: Die Möglichkeit, das merken Sie ja an unseren Antworten, ist natürlich gegeben, dass wir auf diese Fragen antworten können und genau wissen, was in den einzelnen Positionen steht. Sie hatten es selber schon angesprochen. Wir reden hier über einen Haushaltsentwurf mit über 450 Seiten. Wenn man dieses noch darum erweitert, alles im Detail aufzulisten, dann reden wir über 2.000 Seiten. Es ist immer die Frage, was Sie im Detail interessiert. Natürlich ist es möglich, im Rahmen einer Präsentation die für Ihren Bereich interessanten Positionen hervorzuheben. Man kann es auch so machen, dass man zu den jeweiligen Fachausschüssen abgrenzt, dass man für die Beschlussvorlage, wenn sie versandt oder der Haushaltsentwurf versandt wird, eine kurze Übersicht gibt, was die wesentlichen Kernveränderungen in den jeweiligen Planjahren sind, das ist sicherlich möglich. Ich möchte aber zu bedenken geben, es ist sehr viel Papier, was wir hier fabrizieren. Dass wir auch vielleicht an verschiedene andere Möglichkeiten denken sollten, Ihnen das natürlich zukommen zu lassen oder kenntlich zu machen über eine Präsentation; das wäre jederzeit für die Zukunft möglich.

Herr Tauscher: Ich will ja kein Papier mehr haben, sondern, wenn eine Frage hier auftaucht, dann kann ich das hier projizieren.

#### **Herr Dr. Klocksin zu Protokoll:**

Ich halte diese Form der Beratung eines Haushaltes für unzureichend. Wir haben nicht die Möglichkeit als Gemeindevertreter nachzuvollziehen, was hier im Einzelnen passiert. Mir geht es im Übrigen, Herr Tauscher, nicht darum, in seminaristischer Form punktuell informiert oder geschult zu werden, sondern unsere Aufgabe ist, und das wissen Sie als „alter Kommunalpolitiker“, wenn ich das sagen darf, mindestens so gut wie ich, wenn nicht besser. Unsere Aufgabe ist, unser „Königsrecht“, nämlich die Haushaltsentscheidung auch vorbereiten zu können. Und das ist völlig unerheblich, Frau Grohs, ob das 500 oder 1500 Seiten sind. Es ist unser Job damit klarzukommen und wir stehen dafür gerade in dieser Gemeinde. Und vor dem Hintergrund habe ich gestern im KuSo angeregt, dass im I. Quartal des nächsten Jahres, ein Vorschlag seitens der Verwaltung gemacht wird, wie die Haushaltsberatung für das kommende Jahr 2013 in geeigneter Form vorbereitet werden kann. Diese Form, wie wir sie heute erleben, ist nicht geeignet, auch nur in Ansätzen nachzuvollziehen, um was es sich handelt. Ich vermissе auch, dass bei Verschiebungen, die wir vielfältig erleben in allen Fachbereichen, wenigstens Hinweise, wohin verschoben wird, enthalten sind, so dass sich das Lesen dieses Werkes als Suchspiel herausstellt. Und das kann nicht sein, das ist keine geeignete Aufbereitung. Und ich werde dieses auch im Hauptausschuss, auch ggf. im Ältestenrat noch einmal thematisieren, weil ich meine, wir haben eine Kernaufgabe, diese müssen wir erfüllen können. So können wir diese nicht erfüllen.

#### **An der Diskussion beteiligten sich:**

Herr Dr. Haase, Herr Tauscher, Frau Sahlmann, Herr Musiol, Herr Lippoldt, Herr Dr. Klocksin

<b>TOP 8</b>	<b>Informationen der Verwaltung</b>
--------------	-------------------------------------

<b>TOP 8.1</b>	<b>Allgemeine mündliche Informationen und Meinungsbildungen der Bauverwaltung</b>
----------------	---

Herr Brinkmann informiert darüber, dass

- der „Winter begonnen hat (vom 15.11. bis 15.04. jeden Jahres)“ und der Bauhof den Winterdienst ab jetzt durchführt,
- die Friedensbrücke vom 21.11.2011 bis 03.12.2011 für Ausbesserungsarbeiten gesperrt wird,
- der Bauhof das Laub einsammelt und abfährt,
- die Baumkontrolle im öffentlichen Waldbereich durchgeführt wurde und wo Baumfällungen im öffentlichen Straßenbereich und auf Grünflächen durchgeführt werden; Anmerkungen sind wie immer an die Bauverwaltung zu richten. Die UVO-Info-Nr. 017/11 Baumkontrolle/Baumfällungen wurde in der Sitzung verteilt.
- Zwei Bäume (eine Kastanie, eine Linde) in der Allee am Forsthaus werden gekappt; die Genehmigungen der UNB liegen vor. Die Kiefer in der Straße Hohe Kiefer wird gekürzt (Foto wird rumgegeben).
- Die Verwaltung bildet sich fachlich als auch rechtlich weiter. Herr Brinkmann verteilt Unterlagen von einem entsprechenden Seminar; hier Verkehrssicherheit im Wald.

**Herr Lippoldt zu Protokoll:**

Ich bitte dringend darum, dass die Umleitungsregelung für die Sperrung der Friedensbrücke diesmal anders organisiert wird, als beim letzten Mal. Es ist eine einzige Katastrophe. Die Fahrzeuge, die aus dem Gewerbegebiet aus Stahnsdorf kommen, fahren über den Stahnsdorfer Knoten nach wie vor direkt bis zur Friedensbrücke, 40-Tonner, Sattelaufleger, Lastzüge; diese wissen nicht, wo es weitergeht; fahren dann zweimal in der Nacht durch das ganze Wohngebiet und dann wieder zurück, den Zehlendorfer Damm hinunter. Die Bitten an den Bürgermeister im vergangenen Jahr, dieses kurzfristig zu ändern, sind nicht umgesetzt worden und so wie es jetzt aussieht, sind die Beschilderungen – Frau Neidel, das ist ganz besonders auch für Ihre Aufgabe notwendig – so wie es jetzt aussieht, ist die Beschilderung erneut so geplant, dass die Fahrzeuge kein Verbotsschild haben, wenn sie in den Zehlendorfer Damm einfahren am Stahnsdorfer Hof. Weder die Fahrtrichtung ist unterbunden in den Zehlendorfer Damm hinein von beiden Seiten. Sie können, vom Stahnsdorfer Hof kommend, die Straße überqueren bis zur Friedensbrücke fahren und dort wissen die Lastzüge nicht mehr wo es weitergeht. Deswegen, bitte diesmal, am Zehlendorfer Damm unten ein Fahrverbotsschild aufrichten, dort kann stehen „Frei bis Friedensbrücke“, aber nicht so wie beim letzten Mal, diese drei Wochen waren einfach der Horror in der Nacht, wenn permanent die Lastzüge durchs Wohngebiet zischen.

**Antwort Herr Brinkmann:**

Zuständig ist der Landesbetrieb für Straßenwesen mit der eigenen Verkehrsbehörde. Ich habe es damals weitergegeben, Sie haben sich damals schon beschwert, ich gebe es gerne noch einmal weiter.

**Herr Lippoldt:** Ich kann nur sagen, dass damals der Landesbetrieb Straßenwesen gesagt hat, diese Verkehrsregelung sei mit Ihnen abgestimmt, nicht als Person, sondern mit dieser Verwaltung und dem Ordnungsamt. Der Bürgermeister hat daraufhin gesagt, er ändert das sofort. Der Landesbetrieb Straßenwesen hat gesagt, es sei kein Schreiben der Gemeinde Kleinmachnow eingegangen, lediglich ein Anruf „es könne alles so bleiben, wie es war“. Und das ist für die nächsten drei Wochen, die wir jetzt befürchten müssen, nicht akzeptabel.

Der Ausschuss bittet die Verwaltung, dieses Anliegen schriftlich an den Landesbetrieb für Straßenwesen heranzutragen.

Frau Blancke regt wiederholt an, dass das Laub nicht mit den Laubbläsern, sondern durch Harken zusammengetragen wird.

Herr Musiol: Wir nehmen die Anregung von Frau Blancke in die Offene Postenliste auf, mit einer Anfrage an den Bürgermeister. Beantwortung bitte zum nächsten UVO-Ausschuss.

**TOP 8.1.2 Mobile Bürgerversammlung der Lokalen Agenda AG Verkehr mit dem Rad am 22.10.2011; hier angesprochene bauliche Maßnahmen**

Über die mobile Bürgerversammlung gibt es ein Protokoll, welches als Anlage dieser Niederschrift beigelegt ist (Anlage 2). Frau Neidel erläutert die Aktivitäten der Verwaltung zu Planungsvorgängen oder Baumaßnahmen.

**TOP 8.1.3 Planungsstand Verkehrsberuhigung Meiereifeld; Tempo 30, Radweg, FGÜ Fuchsbau**

Frau Neidel informiert, dass bei der Unteren Verkehrsbehörde in Werder der Antrag auf Tempo 30 gestellt wurde, es aber noch keinen Bescheid gibt. Die Vorstellung des weiteren Bearbeitungskonzeptes hinsichtlich Materialwechsel, Querung in der Nähe Im Hagen/Am Fuchsbau, Gehwegbefestigung, mehr Sicherheit für Radfahrer usw. erfolgt im I. Quartal 2012.

**TOP 8.1.4 Arbeitsstand zur Vorbereitung Straßenbau Schopzheimer Allee**

Frau Neidel informiert, dass der Bürgermeister mit der Internationalen Schule und deren Anwälte im Gespräch ist. Es wird dahingehend verhandelt, dass entsprechend Gemeindevertreterbeschluss erreicht werden soll: entweder eine Umlagepflicht nach KAG oder eine Ablösevereinbarung, die einen höheren Betrag vorsieht, als das, was der Städtebauliche Vertrag bisher zulässt, nämlich die 251.000,00 €.

**TOP 8.1.5 Aktuelles zu verkehrsrechtlichen Anträgen und Anordnungen**

Frau Neidel informiert darüber, dass

- im Juni ein Antrag auf Tempo 30 abschnittsweise am Kreuzungsbereich Karl-Marx-Straße/Am Fuchsbau und ein weiterer Antrag Tempo 30 für den gesamten Abschnitt auf der Karl-Marx-Straße zwischen Ernst-Thälmann-Straße und Zehlendorfer Damm gestellt wurden. Beide Anträge wurden versagt, und zwar im Juli (Versagungsbescheide s. Anlage 3).
- Eine weitere Versagung gab es zu dem Antrag Querung Hohe Kiefer/Seeberg (s. auch Anlage 3).
- Für den im Juli gestellten Antrag , die Mittelinsel auf der Hohen Kiefer/Einmündungsbereich Fuchsbau mit einem Zebrastreifen zu ergänzen, wurde uns eine Anordnung für eine Ampel, nicht für einen Zebrastreifen, zugesagt.

- Die Aufhebung der Radwegebenutzungspflicht haben wir in dem Abschnitt auf der Ernst- Thälmann-Straße zwischen Steinweg und OdF-Platz umgesetzt. Wir haben jetzt den Antrag eingereicht „Gehweg – Radfahrer“ frei. Hier rechnen wir mit einer Anordnung.
- Wir haben erneut einen Antrag gestellt auf Aufhebung der Radwegebenutzungspflicht im Abschnitt Ernst-Thälmann-Straße zwischen Zehlendorfer Damm und Föhrenwald (Engstelle) und gleichzeitig Markierung eines Schutzstreifens. Ergebnis offen.

**TOP 8.2 Schriftliche Informationen und Meinungsbildungen der Bauverwaltung**

**TOP 8.2.1 Arbeitsstand Maßnahmenkatalog Verkehrsorganisation vom 21.09.10** **INFO 35-09/09**

Der TOP wurde abgesetzt.

**TOP 8.2.2 Übersicht zur Beschilderung Kanalaue in Kleinmachnow** **BAU 021/11**

Die Bau-Info 021/11 wurde mit den Sitzungsunterlagen verteilt.  
Es gibt keine Nachfragen.

**TOP 8.3 Mündliche Informationen des Ordnungsamtes**

Frau Schmidt erläutert,

- auf die Anfrage von Herrn Lippoldt (Winterdienst – Beschluss aus 2008) noch offen - s.  
offene Frageliste Pkt. 2: Es gibt die neue Straßenreinigungssatzung, nach der jetzt in  
Kategorie I 46 Straßen statt vorher 20 Straßen zusätzlich wintergewartet werden sowie auch  
bei kritischen Situationen zusätzlich geschoben wird.

Herr Lippoldt merkt an, dass der Beschluss nach wie vor nicht umgesetzt wurde.

- Der Antrag auf Verlängerung und Erweiterung der Wahrnehmung der StVO-Zuständigkeiten nach dem Brandenburgischen Standarderprobungsgesetz an das Ministerium wurde gestellt.

**TOP 8.4 Schriftliche Informationen des Ordnungsamtes**

**TOP 8.4.1 Statistik zur Schulwegsicherung des Landkreises Potsdam-Mittelmark für das Schuljahr 2011/2012**

**UVO 014/11**

Die UVO-Info-Nr. 014/11 wurde mit den Sitzungsunterlagen verteilt.  
Der Ausschuss bemängelt die Übersicht dahingehend, dass es keine Differenzierung zwischen den einzelnen Schulen gibt. Es ist nicht ersichtlich, wann der Landkreis vor welcher Schule gemessen hat und welche Schwerpunkte es gibt. Die Verwaltung möge dies bei der nächsten Information beachten.

**TOP 8.4.2 Messergebnisse der Straße "Im Kamp"**

**UVO 015/11**

Die UVO-Info-Nr. 015/11 wurde mit den Sitzungsunterlagen verteilt.  
Frau Schmidt erläutert die Information.  
Der Ausschuss wünscht beim nächsten Mal eine Information, inwiefern auf diese Messungen die die Polizei reagiert hat oder nicht.

***Pause von 20.45 Uhr bis 20.55 Uhr.***

**TOP 9 Informationen, Diskussionen und Beschlussempfehlungen**

**TOP 9.1 Änderung des Beschlusses DS-Nr. 149/10 vom 23.09.2010 - Antrag der Fraktionen CDU, B 90/Grüne, FDP, SPD/PRO - Verkehrssituation in der Straße Uhlenhorst zwischen Ernst-Thälmann-Straße und Karl-Marx-Straße**

**DS-Nr. 159/11**

Der am 23.09.2010 beschlossene Antrag DS-Nr. 149/10 wird wie folgt geändert:

**Punkt 1** des Beschlusses bleibt unverändert bestehen.

**Punkt 2** des Beschlusses „2. Die Absicht zur Teileinziehung dieses Straßenabschnittes für Lastkraftwagen mit einem zulässigen Gesamtgewicht über 3,5 t, ausgenommen Anlieger (StVO Zeichen 253, Zz. 1020-30.“ sowie der Zusatz: „Der Bürgermeister wird beauftragt, die beschlossene Absicht der Teileinziehung gemäß den Vorschriften des Brandenburgischen Straßengesetzes bekanntzumachen.“ entfällt.

Neu:

**Punkt 3:** Zum Zwecke der Abstimmung und Information im Zusammenhang mit der Einrichtung der Einbahnstraße mit gegenläufigem Radverkehr und den damit verbundenen Neuregelungen zum Parken und Halten ist eine Einwohnerversammlung einzuberufen.

Anlagen

Antrag DS-Nr. 149/10 mit seinen Anlagen

Herr Malcher, Anwohner Uhlenhorst, nahm sein Rederecht wahr.  
Frau Neidel erläutert die Beschlussvorlage.

Herr Tauscher erläutert, die jetzt vorgelegte Beschlussvorlage wird der Gefahrenlage nicht gerecht und plädiert, die Vorlage abzulehnen.

Herr Lippoldt: „Wir lehnen die Drucksache 159/11 in diesem Punkt zwei kategorisch ab. Die Gemeindevertretung hat den Bürgermeister beauftragt, die Teileinziehung im Amtsblatt bekannt zu machen. Dies ist keine Maßnahme, zu der die Untere Verkehrsbehörde (UVB) sich überhaupt zu äußern braucht. Die alleinige Zuständigkeit der Gemeinde Kleinmachnow nach dem Straßengesetz Brandenburg Teileinziehungen vorzunehmen, das kann sie in allen anderen Punkten, dort wo Fahrradstraßen angeordnet werden sollen, auch tun. Und dann würde nämlich die UVB auch sämtliche Fahrradstraßen genehmigen, wenn eine Teileinziehung erfolgt ist. Nur hilft es uns nicht weiter, wenn der Bürgermeister sagt, dieses werde ich nicht tun. Das hat er wiederholt vor Anliegern so gesagt.“

Frau Neidel, auch Ihre Ausführungen zu den Gesprächen mit der UVB, decken sich nicht mit dem, was der Bürgermeister uns in der Sitzung am 16. Juni auf vier schriftliche Fragen der FDP-Fraktion geantwortet hat, und zwar im Mai. Ich will das jetzt hier nur noch einmal in Erinnerung rufen. Wir haben gefragt: Ist die Absicht der Teileinziehung im Amtsblatt der Gemeinde bekanntgemacht worden? Wenn nicht, warum nicht? Da hat der Bürgermeister schriftlich geantwortet: Die Absicht der Teileinziehung ist im Amtsblatt nicht bekanntgemacht worden. Vorgespräche mit der UVB haben ergeben, dass die UVB eine solche Teileinziehung nicht für erforderlich hält. Dann gibt es eine vierte Frage nach dem Stand der Teileinziehung. Da hat der Bürgermeister geantwortet, in derselben Beantwortung unserer Fragen: Der Stand Verfahren Straßenverkehrsrechtliche Anordnung habe ich beschrieben. Nicht im Antrag vom 21.04. enthalten ist ein Durchfahrtsverbot für Lkw über 3,5 t. D. h., das ist mit der UVB überhaupt nicht diskutiert worden. Für diese Beschränkung ist eine Teileinziehung erforderlich. Also, völlig klar, dass für den Ausschluss von Lkw über 3,5 t in dieser Straße eine Teileinziehung erforderlich ist. Und die ist beauftragt und dies muss gemacht werden. Und das, was hier von Ihnen beantragt wird, lehnen wir mit Nachdruck ab. „

Frau Sahlmann: „Insofern kann ich mich den Vorrednern anschließen. Wir als Bündnis 90/Grüne lehnen diesen Antrag auch ab, mit der Begründung, dass wir uns damals viel Mühe gemacht haben, wir alle zusammen. Herr Tauscher hat auch viel Vorbereitungsarbeit reingesteckt und wir haben überfraktionell diesen Antrag beschlossen und das ist eine gute Arbeitsgrundlage gewesen für die Verwaltung. Ich wundere mich nur, dass Sie da noch nicht ausreichend tätig geworden sind. Wir wollen, dass dieser alte Antrag durchgeführt wird.“

Herr Dr. Klocksin sieht keinen Anlass, die geltende Beschlusslage aufzuheben.

**Abstimmung DS-Nr. 159/11:**

0 Ja-Stimmen, 5 Gegenstimmen, 0 Enthaltungen = einstimmig abgelehnt

**An der Diskussion beteiligten sich:**

Herr Tauscher, Herr Lippoldt, Frau Sahlmann, Herr Dr. Klocksin, Herr Musiol

**TOP 9.2**

**Abwägung zum Entwurf der 13. Änderung des Flächennutzungsplanes KLM-FNP-13 für Waldflächen**

**DS-Nr. 175/11**

- 1) Die Stellungnahmen, die im Rahmen der Beteiligungen der Öffentlichkeit und der Behörden zum Entwurf der 13. Änderung des Flächennutzungsplanes Klein-

machnow KLM-FNP-13 für Waldflächen eingegangen sind, wurden geprüft. Das Ergebnis ist in den Anlagen 2 und 3 dargestellt.

- 2) Der Bürgermeister wird beauftragt, die Bürger sowie die Behörden / Träger öffentlicher Belange, die Stellungnahmen vorgebracht haben, von diesem Ergebnis in Kenntnis zu setzen. Dabei sind die Gründe anzugeben, die zu dem Abwägungsergebnis führten. Bei Vorlage der 13. Änderung des Flächennutzungsplanes nach § 6 des Baugesetzbuches (BauGB) sind die nicht berücksichtigten Stellungnahmen mit einer Stellungnahme der Gemeinde beizufügen.

Herr Wolter, Anwohner, nahm sein Rederecht wahr.

Frau Neidel erläutert die Beschlussvorlage.

Die Maßgaben des Bauausschusses wurden für die DS-Nr. 175/11 und 176/11 verteilt.

Der UVO-Ausschuss stimmt der Beschlussvorlage mit folgender Maßgabe zu:

Die Anregungen der 4 Bürger, die sich im Rahmen der öffentlichen Auslegung zu den Grundstücken Flur 13, Flurstücke 225, 227, 228 geäußert haben, sollen berücksichtigt werden.

Danach sind diese Grundstücke wie in der bisher wirksamen FNP-Fassung als „Grünfläche“ darzustellen.

Die 6 weiteren angrenzenden Flurstücke 217, 222/1, 222/2, 223, 224 und 226 sind mit einzubeziehen. (Die Gesamtfläche ist in der Anlage grau unterlegt.)

**Abstimmung der Maßgabe:** 5 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen = einstimmig

**Abstimmung der DS-Nr. 175/11 mit Maßgabe:**

4 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 1 Stimmenthaltung = mehrheitlich empfohlen

**An der Diskussion beteiligten sich:**

Herr Dr. Klocksinn, Herr Gutheins, Herr Lippoldt, Herr Musiol, Frau Sahlmann

TOP 9.3

**Öffentliche Auslegung des 2. Entwurfes der 13. Änderung des Flächennutzungsplanes KLM-FNP-13 für Waldflächen**

DS-Nr. 176/11

1. Der Änderungsbereich der 13. Änderung des Flächennutzungsplanes KLM-FNP-13 umfasst entsprechend dem heute beschlossenen Abwägungsergebnis den in **Anlage 1** gekennzeichneten Bereich. Die Anpassung des Änderungsbereiches ist ortsüblich bekannt zu machen.
2. Der 2. Entwurf der 13. Änderung des Flächennutzungsplanes KLM-FNP-13 (vgl. **Anl. 3**, Blatt 3) sowie die dazugehörige textliche Begründung werden gebilligt.
3. Der 2. Entwurf, die Begründung einschließlich Umweltbericht und die wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen sind gem. § 4a Abs. 3 i. V. m. § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen. Der Zeitraum der Auslegung ist rechtzeitig öffentlich bekannt zu machen.
4. Den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann, ist Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Sie sollen außerdem von der Auslegung benachrichtigt werden.

Frau Neidel erläutert die Beschlussvorlage.

Die Maßgaben des Bauausschusses wurden für die DS-Nr. 175/11 und 176/11 verteilt.

**Herr Lippoldt zu Protokoll:**

Eine Verständnisfrage zur Ziffer 5 auf Seite 2 von 4 in der Anlage 5. Hier geht es um das Grundstück Eigenherdschule/Bannwald. Dort sollen jetzt auch Teilflächen für den Wald arrondiert werden. Die Flächen sollen gemäß dem Maßnahmenkonzept zum Bannwald als Waldflächen gesichert und entwickelt werden. Sie werden daher unabhängig von der realen Nutzung als Wald dargestellt. Verstehe ich das jetzt richtig, dass Sie unabhängig von der heutigen Nutzung als Wald dargestellt werden oder ist diese Nutzung auch in Zukunft unabhängig vom Wald möglich, dann gebe das ja keinen Sinn? Der Schlusssatz jedoch wieder erfolgt in Übereinstimmung mit dem Bannwaldkonzept. Die Darstellung von Wald würde meine Frage eigentlich beantworten, aber ich hätte das gerne von Ihnen gewusst.

**Antwort Frau Neidel:**

Wir hatten das Barackengrundstück, ehemals Schulgrundstück, als Gemeinbedarfsfläche im Flächennutzungsplan dargestellt, hatten dort auch in den 90er Jahren immer noch Entwicklungsmöglichkeiten für eine Kita z. B. gesehen. Dieses Entwicklungsziel ist aufgegeben worden, war auch durch den Bürgermeister so kundgetan und mit der 13. Änderung des Flächennutzungsplanes wird jetzt die Walddarstellung übernommen – arrondiert – in den Wald mit einbezogen.

**Herr Lippoldt:** Also nicht mehr Fläche für Gemeinbedarf?

**Frau Neidel:** Nein - nicht mehr Fläche für Gemeinbedarf, sondern jetzt Wald.

Der UVO-Ausschuss stimmt der Beschlussvorlage mit folgender Maßgabe zu:

Die Anregungen der 4 Bürger, die sich im Rahmen der öffentlichen Auslegung zu den Grundstücken Flur 13, Flurstücke 225, 227, 228 geäußert haben, sollen berücksichtigt werden.

Danach sind diese Grundstücke wie in der bisher wirksamen FNP-Fassung als „Grünfläche“ darzustellen.

Die 6 weiteren angrenzenden Flurstücke 217, 222/1, 222/2, 223, 224 und 226 sind mit einzubeziehen. (Die Gesamtfläche ist in der Anlage grau unterlegt.)

**Abstimmung der Maßgabe:** 5 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen = einstimmig empfohlen

**Abstimmung der DS-Nr. 176/11 mit Maßgabe:**

5 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltung = einstimmig empfohlen

**An der Diskussion beteiligten sich:**

Herr Dr. Klocksin, Herr Gutheins, Herr Lippoldt, Herr Musiol, Frau Sahlmann

**TOP 10**

**Bündnis 90/Grüne: Information und Diskussion Fußgängerschutzwege; Verbesserungen für Fußgänger, Kinder und Senioren**

Fehlende FGÜ's wurden angesprochen. Ein Verkehrsentwicklungskonzept könnte Probleme lösen helfen (s. Anlage 4).

**TOP 11**

**Anfragen der Ausschussmitglieder an die Verwaltung**

Dr. Klocksin regt an, dass die Verwaltung über Möglichkeiten nachdenkt, den Fuß-/Radweg entlang der Teltowkanalau, zu dem wir einen Grundsatzbeschluss haben und welches ein Regionales Projekt darstellt, einzubeziehen in eine länderübergreifende Radwegeverkehrsplanung, nämlich im Sinne eines Radweges Berlin – Potsdam – Magdeburg. Wäre das möglich?

Frau Sahlmann: „Man stellt immer wieder fest und ich werde auch von Bürgern angesprochen, dass das Parken in den Zufahrten auf den Grünstreifen der Straßen, dass es sehr viele Falschparker gibt, z. B. in der Straße Schleusenweg oder An der Stammbahn. Und deswegen frage ich wieder einmal die Verwaltung bzw. das Ordnungsamt, in welcher Form das geahndet wird, um diesen Missstand zu beseitigen?“

Beantwortung Frau Schmidt:

„Wie in den vorigen Sitzungen durch Frau Leißner bekanntgegeben, ahnden wir umfassend.“

Herr Tauscher gibt den Hinweis, dass besonders der Kreuzungsbereich Schleusenweg/Heidefeld betroffen ist.

Herr Dr. Klocksin gibt einen ergänzenden Hinweis auf eine Liegenschaft in der Karl-Marx-Straße, etwa in Höhe Jägerhorn, deren Vorraum im Bereich des Grünstreifens Karl-Marx-Straße aufgekiest ist, inkl. privatgesetzter Anpflanzungen.

Herr Bittroff verlässt die Sitzung um 22.00 Uhr.

Herr Musiol bittet die Verwaltung eine Übersicht zu erstellen über die Ahndungen im Grünflächenbereich mit Charakteristika in den letzten 5 Jahren. Für das letzte halbe Jahr wird kurzfristig um eine Übersicht gebeten.

Frau Sahlmann informiert darüber, dass die parkenden Wohnmobile in der Ernst-Thälmann-Straße jetzt woanders abgestellt werden.

<b>TOP 12</b>	<b>Sonstiges (bitte vorher anmelden)</b>
---------------	--

Schriftliche Anfrage von Dr. Haase:

Wie zu erfahren ist, sollen auf dem Rathausplatz der Gemeinde an den Tagen 18. und 19.11.2011 zwei Veranstaltungen auf Kunstschnee stattfinden. Angesichts der Erörterungen in den letzten Sitzungen des UVO, in denen die Verantwortung des UVO für den Klimaschutz in unserer Gemeinde und die dazu erforderlichen Maßnahmen festgestellt wurden, bitte ich Sie, alles zu unternehmen, um diese Veranstaltungen zu unterbinden und darüber auf der nächsten Sitzung des UVO zu unterrichten. Ich halte diese Veranstaltung für unverantwortlich gegenüber den aufgrund der Beschlüsse der GV zum Klimaschutz zu treffenden Maßnahmen.

Frau Schmidt erläutert:

Grundsätzlich ist die Gestaltung der Kultur im Fachbereich Schule-, Kultur- und Gebäudemanagement angesiedelt und es gibt eine Vereinbarung über die stattfindenden Veranstaltungen bzw. auch was jährlich stattfindet.

Bezüglich der Förderung von Veranstaltungen wurde mir durch Frau Leißner mitgeteilt, dass für folgende Veranstaltungen ein Zuschuss gezahlt wird:

1. Italienische Nacht

} in Höhe von 15 %

- |   |                  |
|---|------------------|
| 2. Winzerfest                           | in Höhe von 15 % |
| 3. Adventsmarkt                         | in Höhe von 15 % |
| 4. Ski Opening (ca. 2.000,00 € in 2011) | in Höhe von 15 % |
| 5. Kinderfest                           | in Höhe von 85 % |

Nähere Informationen sind im Fachbereich Schule-, Kultur- und Gebäudemanagement zu erfragen.

Die Frage nach der Höhe des Betrages von welcher Summe die 15 % berechnet werden, konnte nicht beantwortet werden.

Frau Neidel informiert darüber, dass es kein weiteres Ski-Opening geben wird.

Anfrage Herr Lippoldt: Wie sind Stand und Perspektive des Bußgeldverfahrens zum Zehlendorfer Damm 202 bzw. 208 a? Herr Lippoldt erläutert den Fall.

Frau Schmidt erläutert: „Grundsätzlich ist es so: Wenn dem OA Anzeigen vorliegen, egal in welcher Art und Weise, müsse diesen nachgegangen werden. Dies wurde auch in diesem Fall getan. Wenn es einen Anlass gibt zu handeln, entweder aufgrund von eigenen Feststellungen oder Anzeigen, sind wir auch angehalten, dies zu tun und eine Entscheidung nach Ermessen zu treffen.

Warum der Bauhof das Laub nicht abgeholt hat, kann ich nicht beantworten.

Herr Musiol bittet darum, bis zum Hauptausschuss im nicht öffentlichen Teil noch einmal darüber und über die Entscheidung zu informieren.

Herr Dr. Klocksinn regt an, den Vortrag von Frau Neidel in Bezug auf die Förderung des Radverkehrs in Kleinmachnow dem Protokoll beizufügen (Anlage 5).

Der Ausschussvorsitzende schließt die öffentliche Sitzung.

Kleinmachnow, den 20.12.2011

Frank Musiol  
Vorsitzender des UVO - Ausschusses

Anlagen